

## Politik

# Europawahl im Zwielficht

## Die französischen Parteien zwischen Dynamik und Zweifeln

ALFRED FRISCH\*

Die Erneuerung des Europaparlaments im Juni steht in Frankreich unter keinem sehr guten Stern. Die Medien und die politische Welt widmeten sich bis Ende März mit viel Aufwand den Regionalwahlen, die mit Recht oder Unrecht zum Test für die zukünftigen innenpolitischen Kräfteverhältnisse und vor allem für das der Regierungskoalition verbleibende Prestige bestimmt wurden. Anschließend dürfte sich das Interesse während einiger Wochen auf die Bildung der lokalen Koalitionen konzentrieren. Danach ist es fraglich, ob die Parteien noch die Kraft, die finanziellen Mittel und vor allem die nötige Begeisterungsfähigkeit für einen energischen Europawahlkampf aufbringen werden.

Politisch bedeutsam ist im europäischen Bereich weniger das Stimmengewicht der Rechten und der Linken als die Höhe der Wahlbeteiligung. Offiziell angestrebt wird zwar ständig mit Nachdruck von allen politischen Kräften und Lagern der Dialog mit der in die Mitte gerückten Zivilgesellschaft, aber allgemein befindet sich die Wahlbeteiligung und mit ihr zwangsläufig die Anteilnahme der Bevölkerung am politischen Geschehen seit einiger Zeit auf absteigender Linie. Bei der letzten Europawahl lag die Beteiligung nur bei knapp über 50 Prozent der Stimmberechtigten. Macht sich im Juni kein lebhafter

res Interesse bemerkbar, wird das in Aussicht genommene Referendum zur Ratifizierung der Verfassung der zukünftigen Europäischen Union ein unvertretbares Wagnis. Immerhin ist schon deswegen mit erheblichen Anstrengungen des Staatspräsidenten und seiner Regierung zur Mobilisierung der französischen Wähler zu rechnen.

Zunächst hatte sich allerdings ein recht günstiges Klima entwickelt. Nach dem heftigen innerfranzösischen Ringen um die Ratifizierung des europäischen Vertrages von Maastricht mit einem äußerst knapp ausgegangenen Referendum hatten sich die Wogen geglättet, so dass man schließlich von einem Konsensus für die Europapolitik sprechen durfte. Damals ging es um den Verzicht auf den Franc und um seine Ablösung durch den Euro. Jener ist inzwischen – viel schneller als erwartet – für die große Mehrheit der Franzosen zur Selbstverständlichkeit geworden. Reibungslos über die Bühne ging dann der europäische Vertrag von Amsterdam, der der Erweiterung der Europäischen Union das Tor öffnete. Der europäische Vertrag von Nizza indes stieß auf harte Kritik; für die einen, weil Jacques Chirac Frankreichs europäischen Einfluss und Rang zugunsten der Deutschen gemindert habe, für die anderen, weil der Vertrag im europäischen Sinne nicht weit ge-

\* Alfred Frisch ist Presse- und Rundfunkkorrespondent in Paris.

nug ging und der Gefahr einer Verwässerung der Union nicht genügend entgegenzuwirken schien. Zum politischen Rettungsanker wurde der Europäische Konvent, dessen Verfassungsentwurf in den maßgebenden politischen Lagern weitgehende Billigung fand.

Dann jedoch änderte sich die politische Atmosphäre. Überraschend kristallisierte sich eine scheinbare Übereinstimmung über die Zweckmäßigkeit eines Referendums zur Ratifizierung der europäischen Verfassung heraus. Die verschiedenen politischen Lager ließen sich jedoch nicht von gleichen Motiven und Zielen leiten. Die einen wollten durch ein klares Bekenntnis der Bevölkerung der europäischen Einigungspolitik ein solides demokratisches Fundament geben, die anderen spekulierten auf ein negatives Ergebnis, um so der nationalen Bewegungsfreiheit wieder größeren Spielraum zu verschaffen, sei es aus antiliberaler oder aus nationalistischer Überzeugung und über die Ideologien hinweg geeint durch den Wunschtraum der Rückkehr Frankreichs zu einem möglichst dirigistischen Protektionismus. Offensichtlich wurde sehr schnell, dass in einem etwaigen Wahlkampf die einzelnen Verfassungsparagraphen nur eine zweitrangige Rolle spielen würden. Im Mittelpunkt hätte schnell die Regierungspolitik gestanden, mit der Absicht, sie als Quelle der Unzufriedenheit für den Erfolg einer antieuropäischen Offensive der objektiv vereinten äußersten Linken und äußersten Rechten auszunützen.

### **Antieuropäische Strömungen**

In der jüngsten Vergangenheit ist eine gewisse Verschlechterung des europäischen Klimas in Frankreich unverkennbar. Die Befugnisse der europäischen Behörden, und auch des Ministerrates, werden immer fühlbarer und erstrecken sich nunmehr auf weite Bereiche des öffentlichen, wirtschaftlichen sowie auch privaten Lebens. Unvermeidbar beeinträchtigen die europäischen Regeln und

Zwänge nationale oder gruppenegozentrische Interessen. Um es etwas vereinfachend zusammenzufassen: In der Wirtschaft und auch im Regierungslager sind die europäischen Kommissare Mario Monti (Wettbewerb) und Pedro Solbes (Wirtschaft und Finanzen) nicht besonders populär. Vielen Franzosen aller Schichten und Tendenzen missfällt es mehr oder weniger, wenn sich ein Kommissar aus Brüssel rügend in die nationale Steuer- und Ausgabenpolitik einmischet. Man darf nicht vergessen, dass Frankreich noch vor 50 Jahren eine Hochburg des Protektionismus, des Dirigismus und der Staatswirtschaft gewesen ist. Gelinde gesagt besteht immer noch ein gewisser Mangel an Sensibilität für die elementaren Regeln des wirtschaftlichen Liberalismus und für einen wirklich freien Wettbewerb, national und über die Grenzen hinweg. In den letzten Jahrzehnten erfolgte zweifellos ein grundlegendes Umdenken. Recht bezeichnend vermeiden es die Globalisierungsgegner sorgfältig, mit offen protektionistischen Argumenten und Forderungen zu agitieren. Sie verstecken sich hinter den Entwicklungsländern oder Interessengruppen. Frankreich ist aber ein besonders traditionsverwurzeltes Land, und ein halbes Jahrhundert reicht nicht aus, um einen dirigistisch-souveränitätsverankerten Saulus in einen liberalen Paulus zu verwandeln.

Bei der noch gegebenen nationalen Empfindlichkeit oder zumindest Empfindsamkeit ist es nicht erstaunlich, wenn selbst europäisch gesinnte französische Politiker der Versuchung erliegen, plötzlich auf die nationale Souveränität zu pochen, das heißt der Europäischen Kommission mehr oder weniger unfreundlich zu empfehlen, sich nicht einzumischen. Premierminister Raffarin leistete sich in der Auseinandersetzung über das objektiv zu hohe französische Haushaltsdefizit diese national betonte Verirrung, machte aber schnell einen Rückzieher.

In der jetzigen französischen Europadebatte spielt zweifellos die schrumpfende nationale Souveränität eine wichtige Rolle. Je mehr die Europäische Union vor allem militär- und außenpolitisch zu einem Machtfaktor wird, desto stärker rüttelt sie an den Fundamenten der nationalen Souveränität. In Anbetracht der vorläufig noch mangelnden Übereinstimmung für die europäische Verfassung unterstellen sogar nicht besonders wohlwollende Kommentatoren Präsident Chirac die Absicht, die jetzige Sackgasse auszunützen, um über die Bildung eines harten Kerns zum Europa der Nationen zurückzukehren, mit zwischenstaatlichen Organisationsformen, die der nationalen Entscheidungsfreiheit und Souveränität größeren Spielraum lassen.

### Störmanöver links

Die bedenklichsten europäischen Unsicherheitsfaktoren befinden sich im Lager der Linken. Nach ihrer schweren Niederlage 2002 muss die sozialistische Partei erneut ihre Daseinsberechtigung beweisen. Sie sucht daher eine taktische und programmatische Linie, die es ihr ermöglichen soll, ihr Wählerpotenzial als maßgebende Oppositionspartei zu bewahren. Sie befürchtet viel weniger die Anziehungskraft des Regierungslagers als die Konkurrenz der äußersten Linken sowie der buntscheckigen Antimondialisten mit ihrem Sprachrohr José Bové. Beide Bewegungen haben nicht die geringste europäische Sensibilität. Für die einen steht die Europäische Union ausschließlich im Dienst des verruchten liberalen Kapitalismus, für die anderen bildet sie die verkappte Vorhut eines zutiefst antisozialen Globalismus. Es ist bezeichnend für die plötzliche ideologische Unsicherheit der Sozialisten, dass der bisher ohne Zweifel entschieden proeuropäische ehemalige Premierminister Laurent Fabius öffentlich erklärte, noch nicht sicher zu sein, ob er die Europäische Verfassung billigen könne. Offensichtlich denkt er an die nächste Präsident-

schaftswahl 2007, in der er sich nicht ohne die Unterstützung aller Kräfte der Linken durchzusetzen vermag, von den Trotzkiten über die Kommunisten bis zu den Antimondialisten. Das Stimmenpotenzial dieser europakritischen Kräfte kann auf 15–20 Prozent geschätzt werden. Bové und die Kommunisten, die trotz ihres Niedergangs noch das Zünglein an der Waage zu spielen vermögen, sind Protektionisten, das heißt Gegner des Freihandels. Um ihre ideologischen und taktischen Ziele zu erreichen, wollen und müssen sie Frankreich abriegeln. Bové träumt von einer ausschließlich der Deckung des nationalen Bedarfs gewidmeten Landwirtschaft. Nur rein demagogisch spielt er den Verteidiger der armen Entwicklungsländer. Tatsächlich würde oder müsste er auch ihnen den französischen Markt versperren. Indem die französischen Sozialisten auf derartige Vorstellungen offen oder stillschweigend Rücksicht nehmen, brechen sie mit einer langen Tradition. 1907 erklärte zum Beispiel ihr großer Inspirator Jean Jaurès im Parlament, sich keineswegs Investitionen des französischen Kapitals im Ausland zu widersetzen. Die Gewerkschaften verurteilten ihrerseits den Protektionismus, weil er sich nach ihren Worten mit einer Politik des teuren Brots verband. Historisch und auch doktrinär waren in Frankreich die „Republikaner“, die Parteien der Linken, bis in die jüngste Vergangenheit Verfechter des Freihandels, die „Reaktionäre“ dagegen kämpferische Protektionisten. Man erlebt demnach heute eine sonderbare Umkehrung der Fronten und eine Verleugnung des für die Linksparteien lange richtunggebenden Internationalismus.

Eine psychologisch-taktische Belastung ist es für die französischen Sozialisten, dass es ihnen bisher infolge interner Spannungen nicht gelungen ist, ein überzeugendes Programm auszuarbeiten und damit eine Alternative zur Regierungspolitik anzubieten. Sie unterliegen so der Versuchung, sich auf die Verurteilung des Sozialliberalismus zu kon-

zentrieren. Damit befriedigen sie ihren linken Flügel und öffnen das ideologische Tor für eine Zusammenarbeit mit den Kommunisten sowie der extremen Linken. Nur isolieren sie sich erneut im sozialistischen Europalager. Zur Wahrung des parteiinternen Gleichgewichts muss sich auch der Generalsekretär der Partei, *François Hollande*, etwas distanzieren. Man darf deshalb von ihm kein eindeutiges europäisches Engagement mehr erwarten. Der linke Flügel seiner Partei, lange durchaus proeuropäisch eingestellt, ist plötzlich um eine deutliche Abgrenzung gegenüber den sozialliberalen *Blair* und *Schröder* bemüht, er verurteilt ein in seinen Augen viel zu liberales Europa und beabsichtigt ernstlich, gegen die Europäische Verfassung zu stimmen. *Hollande* vermag schließlich nicht, den im Hintergrund weiter wirkenden ehemaligen Premierminister *Jospin* zu übersehen. Schon infolge seiner sehr langen trotzkistischen Schulung und Beeinflussung – fast bis zum Ende der 80er Jahre – konnte jener sich nie besonders für Europa zu begeistern. Man darf sich fragen, ob er im Gegensatz zu *Trotzki* an die Möglichkeit des Sozialismus in einem einzigen Land glaubt. Fast geschlossen proeuropäisch sind auf der französischen Linken nur die Grünen, was in nicht geringem Maße *Cohn-Bendit* zu verdanken ist. Nur bilden sie lediglich eine kleine Schar; und *Cohn-Bendit* kandidiert bei den im Frühsommer anstehenden Europawahlen nicht mehr für Frankreich, sondern für Deutschlands Grüne.

### Nationalisten rechts

Von der äußersten Rechten ist kaum europäische Begeisterung zu erwarten. Gewiss, sie gibt sich sehr liberal und antidirigistisch, gleichzeitig lebt sie aber ideologisch in einem tief verwurzelten Nationalismus und träumt von der Verriegelung der Landesgrenzen, nicht nur gegenüber den Einwande-

ren, sondern auch klassisch-protektionistisch gegenüber Waren und Dienstleistungen. Auf gleicher Linie liegen die ultrakonservativen Kräfte, die sich hinter den Souveränitätsverteidigern *Philippe de Villiers* und *Charles Pasqua* scharen, ebenso wie, etwas weniger laut, der kleine rechte Flügel der Regierungspartei UMP.

Damit kein falsches Frankreichbild entsteht, muss abschließend unterstrichen werden, dass die skizzierten antieuropäischen Tendenzen oder Strömungen in Frankreichs politischer Landschaft nichts an der überwiegend proeuropäischen Grundstimmung der Bevölkerung ändern. In den verschiedensten Meinungsbefragungen der letzten Monate haben bis zu 80 Prozent der Franzosen die Europapolitik insgesamt und die neue Verfassung im Besonderen eindeutig gebilligt. Die Parteien lassen sich daneben allerdings leicht von taktischen Erwägungen leiten. In ihren innenpolitischen Machtkämpfen besitzt Europa noch keine Priorität. Die europäische Einigung begann als Utopie, dann wurde sie zur Vision, aber leider in der nationalen Innenpolitik noch nicht zur zwingenden Realität, in Frankreich wohl weniger als anderswo. Zwangsläufig registriert man daher dort allerlei Zuckungen und Erregungen, sobald man sich von den verzweigten Wurzeln einer oft korporatistisch, das heißt gruppenegoistisch orientierten Tradition trennen muss.

Wie sich die Gewichte zwischen europafreundlichen und europaskeptischen Parteien verteilen, wird sich bei den Europawahlen im Juni zeigen. Deren Ausgang, ganz gleich wie er ausfällt, ändert nichts an der Feststellung, dass die überwiegende Mehrheit der Franzosen abseits von allen taktischen Parteimanövern im Aufbau einer leistungs- und widerstandsfähigen Europäischen Union den einzigen Weg in eine bessere und sichere Zukunft sieht.